

Steffen Lange,
Matthias Schmelzer,
Helen Sharp



RAUS AUS DEM ELFENBEINTURM!

Mit der »Third Mission« zur
Wachstumsunabhängigkeit

ÖKONOMIE ALS SOZIALÖKOLOGISCHE GESTALTUNGSAUFGABE

Die Befunde des IPCC zur Klimakrise sind spätestens seit 2018 dramatisch: Es braucht »schnelle und weitreichende Veränderungen« in allen wichtigen Sektoren der Weltwirtschaft – und zwar in »beispiellosem Ausmaß«. Weltweit müssen die Emissionen von Treibhausgasen im Jahr 2040, spätestens aber im Jahr 2050 auf Netto-Null reduziert werden, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die deutsche Wirtschaft muss dieses Ziel bereits 2035 erreichen – zumindest, wenn man davon ausgeht, dass allen Menschen auf der Welt das gleiche CO₂-Budget zusteht, wie Stefan Rahmstorf ausführt). Die realen Entwicklungen – wenigstens bis zur Corona-Krise – weisen in die entgegengesetzte Richtung.

Solange die Wirtschaft wächst, ist es kaum möglich, den Umweltverbrauch – also Emissionen, Ressourcen- und Flächenverbrauch – schnell genug zu reduzieren. Auch wenn einige klimapolitisch notwendige Maßnahmen das Wachstum auf manchen Gebieten zunächst ankurbeln – beispielsweise in Sachen Gebäudedämmung oder beim Ausbau des

ÖPNV – gibt es weit mehr Bereiche, in denen aus ökologischer Sicht Produktion und Konsum, insbesondere im globalen Norden, reduziert werden müssen: Man denke zum Beispiel an den Flugverkehr, (Wohn-)Flächenbau, Fleischkonsum oder den Verbrauch von Kleidung, Elektronik und anderen materiellen Gütern. Ein klimakonsequenter Umbau der Wirtschaft würde nicht zu einem neuen Wachstumsschub führen, sondern die ohnehin niedrigen Wachstumsraten weiter verringern, wie auch Matthias Schmelzer und Andrea Vetter darlegen.

Geringes Wachstum oder gar eine Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stellen unsere Gesellschaft jedoch vor große Herausforderungen. Viele Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren nur, wenn das BIP stetig wächst – sie sind vom Wachstum abhängig. Dies betrifft etwa die Sozialversicherungssysteme, Arbeitsplätze und damit Einkommen vieler Menschen, aber auch der Staat sichert seine Finanzierung über Wachstum, wie Ulrich Petschow und seine Kolleg*innen 2018 beschreiben.

Wachstum ist daher nicht nur ökologisch relevant, sondern betrifft die zentralen Strukturen gesellschaftlicher Organisation. Was umweltpolitisch erforderlich wäre, wird damit zu einer sozialen Frage, auf die es neue Antworten und Konzepte für die Gestaltung einer Wirtschaft und Gesellschaft jenseits des Wachstums braucht.

Die Rolle, die Wissenschaft dabei spielen kann, wird unter dem Begriff »Third Mission« diskutiert. Neben Forschung und Lehre (»First« und »Second Mission«) wird es zur dritten Aufgabe von Wissenschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Vor dem Hintergrund sozialökologischer Krisen sollten die Hochschulen laut Uwe Schneidewind sogar die »Third Mission« zur »First Mission« erheben. Zentrale Merkmale dieser »Wissenschaft for Future« sind neben einer interdisziplinären Herangehensweise auch Ansätze der transdisziplinären Forschung. Ihr Ausgangspunkt ist, dass gesellschaftliche Probleme Wissenschaft motiviert. Im Fokus stehen das Systemwissen (»Was und in welchem Kontext?«), das Zielwissen (»Wohin?«) und das Transformationswissen (»Wie?«). Transdisziplinäre Forschung geht davon aus, dass diese drei Wissenstypen nur in der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteur*innen entstehen. Partizipation in der »Third

Mission« wird zu einem unbedingten Erfordernis und *economists4future* wissen darum. Gemeinsam mit anderen Disziplinen bieten sie ein hilfreiches Instrumentarium für die Bewältigung der drängenden Krisen. Sie beschäftigen sich mit zentralen Fragen des nachhaltigen Wirtschaftens: Wodurch wird die Höhe des Wirtschaftswachstums bestimmt? Wie hängen Wachstum und Umweltverbrauch zusammen? Wie und warum transformiert sich eine Gesellschaft samt Ökonomie über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg? Für all dies bieten empirische Arbeiten, ökonomische Modelle, theoretische Diskussionen und vieles mehr aus den Wirtschaftswissenschaften wichtige Impulse. Auch zuletzt vernachlässigte Fächer müssen wieder stärker in den Vordergrund rücken: Wirtschaftsgeschichte etwa ist wichtig, um langfristige Transformationsmechanismen zu begreifen und zu verstehen, wie und auf welcher Basis heutige ökonomische Modelle entstanden sind. Bislang an den Rand gedrängte plurale Ansätze sind erforderlich, um die Bandbreite relevanter Aspekte einer sozialökologischen Transformation in den Blick nehmen zu können. Darüber hinaus bedarf es aber auch der Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen: Wo es um die tieferliegende Transformation gesellschaftlicher Organisation geht, braucht es ebenso psychologische, soziologische, philosophische, technische und viele weitere Perspektiven im Dialog.

Economists4future, die einen Beitrag zur nötigen Transformation leisten möchten, durchbrechen daher eine Abschottung in doppelter Hinsicht: einerseits gegenüber anderen Disziplinen und andererseits gegenüber der Gesellschaft. Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungsprozesse jenseits des Wachstums erfordern eine dialogische Verzahnung aus wirtschaftswissenschaftlichen Konzepten und Analysen sowie gesellschaftlichen Gruppen und Interessen.

Im Folgenden wollen wir in diesem Sinne nachzeichnen, was *economists4future* aus der Geschichte über die Entstehung wirtschaftlicher Paradigmen lernen können, welche neueren Konzepte bereits Anknüpfungspunkte für alternative Entwicklungspfade bieten und welche Hindernisse, aber auch Potenziale sich aus den bestehenden Logiken gesellschaftlicher Systeme (sowohl in der Wissenschaft als auch in der nichtwissenschaftlichen Akteurslandschaft) für *economists4future* ergeben.

WIE WACHSTUM ZUM POLITIKZIEL WURDE

Wirtschaftswachstum erscheint heutzutage so selbstverständlich, dass leicht vergessen wird, dass nicht nur die Realität ökonomischer Expansion, sondern auch Wachstumsdiskurse erstaunlich junge Phänomene sind. Relevante Wachstumsraten gab es erst seit der Industrialisierung im 18. Jahrhundert. Wachstumsdiskurse und eine explizite Wachstumspolitik setzten sich sogar erst in der Mitte des 20. Jahrhunderts durch. Bis in die 1940er-Jahre gab es keinen anerkannten Maßstab, wie sich »die Wirtschaft« messen ließe. Die Kennzahlen, die uns heute wie selbstverständlich den Takt des Lebens angeben – BIP, Nachfrage, Inflation oder Produktivität – mussten erst als mathematisch vergleichbare Konzepte entwickelt, international standardisiert und gesellschaftspolitisch durchgesetzt werden. Dabei spielten Regierungen und Wirtschafts- beziehungsweise Kriegsministerien eine Schlüsselrolle. So entwickelte der amerikanische Ökonom Simon Kuznets in den 1930er-Jahren für den US-Kongress einen Indikator zur Messung der Wirtschaftsproduktion. In Zeiten des »New Deal« wollten die Politiker*innen wissen: Greifen die neuen Instrumente? Gelingt es, aus der im Jahr 1929 begonnenen Weltwirtschaftskrise zu entfliehen? Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde darauf basierend während des Zweiten Weltkriegs in amerikanischen und britischen Kriegsministerien entwickelt. Diese interessierten sich dafür, wie die Kriegsproduktion und die Rüstungsausgaben gesteigert werden konnten, ohne einen Rückgang des normalen Konsums zu erzeugen, wie auch bei Philipp Lepenies nachzulesen.

Das Bruttosozialprodukt (später BIP) wurde als ein Instrument der Kriegsplanung erfunden – in enger Zusammenarbeit von Ökonom*innen und Ministerien. Es ließ die bis dahin unscharfe Sphäre »der Wirtschaft« zu einem technischen Objekt mit klar definierten Inhalten und Grenzen kondensieren: eine in sich geschlossene Gesamtheit von Geldströmen, welche die Beziehungen zwischen Produktion, Verteilung und Konsum von Gütern und Dienstleistungen innerhalb nationalstaatlich organisierter Grenzen regeln, so beschreibt diese auch Timothy Mitchell.

Nach der Erfindung dieses neuen Statistikinstruments musste es erst noch international standardisiert und wiederum politisch durchgesetzt

werden. Dabei geriet die Wirtschaftswissenschaft in eine defensive Rolle. Interessanterweise sprachen sich in der Mitte des 20. Jahrhunderts die Mehrheit der Ökonom*innen dagegen aus, das BSP als Maßstab für den Wohlstand der Nationen und für internationale Vergleiche zu nutzen. Es gab viele nationale Traditionen sowie grundsätzliche innerwissenschaftliche Kontroversen zu dieser Messmethode – Stichworte dieser Diskussion waren Externalitäten, unbezahlte Hausarbeit und Subsistenz. Doch Regierungen und internationale Organisationen pochten auf die Einführung der vergleichenden Statistiken, um Mitgliedsbeiträge und internationale Hilfszahlungen zu verwalten. Sie unterbrachen die akademischen Debatten und glichen die Ansätze durch Standardisierung an. Nicht der wissenschaftliche Konsens oder die Überzeugung von Ökonom*innen, sondern vor allem die politische Nützlichkeit marktorientierter Einkommensstatistiken war also, so auch Daniel Speich Chassé, entscheidend, um den Vorläufer des BIP in einen universellen Maßstab zu verwandeln.

Die Idee einer vergleichbaren Kennzahl bildete somit eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Wachstum zum zentralen Ziel der Wirtschaftspolitik zu erklären. Wieder war die Politik die treibende Kraft. Ökonom*innen hatten in den 1940er- und 1950er-Jahren noch keine ausgearbeitete Wachstumstheorie, und frühe Wachstumspolitiken basierten weniger auf wissenschaftlichen Konzepten als auf politischen Notwendigkeiten, was sich im Laufe der 1950er-Jahre rasant änderte. Wachstum wurde zum zentralen Politikziel, weil Regierungen in Europa, den USA und zunehmend auch im Rest der Welt hofften, so die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zeit zu bewältigen: Wiederaufbau, Kalter Krieg, Dekolonialisierung, sozialer Ausgleich, Finanzierung des Wohlfahrtsstaates, wie Matthias Schmelzer (2016) nur einige neben vielen anderen Aufgaben nennt. Doch dazu brauchte es mehr ökonomisches Wissen. Und so beförderte die Durchsetzung von Wachstum als Politikziel den Aufstieg einer wachstumsorientierten Wirtschaftswissenschaft zu einer gesellschaftlichen Leitwissenschaft, die Wirtschaftsexpert*innen (auch heute) in einflussreiche Regierungsämter entsendet.

Auch wenn die Wirtschaftswissenschaften also fraglos mit dabei waren, Wachstum zum wichtigsten Politikziel zu machen, waren die

entscheidenden Triebkräfte staatliche Institutionen, Regierungen und internationale Organisationen, die, noch dazu, aus Eigeninteresse handelten. *Economists4future* lernen aus dieser Geschichte. Weder lassen sie sich instrumentalisieren, noch schreiben sie den Pfad des Wachstums fort, der offensichtlich verantwortlich ist für die Klimakrise und weitere drängende Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dem Ansatz der »Third Mission« folgend arbeiten *economists4future* gemeinsam mit außeruniversitären Akteur*innen an einer klimagerechten Gesellschaft jenseits des Wachstums. Aber die Zusammenarbeit mit staatlichen Akteur*innen reicht heute, wenn es um Konzepte der Wachstumsunabhängigkeit geht, die sich eben nicht auf staatliches Neutralität verlassen können, nicht mehr aus. Mit gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen zu kooperieren, wird zunehmend wichtiger.

KONZEPTE FÜR EINE WIRTSCHAFT OHNE WACHSTUM

Der Fokus von *economists4future* richtet sich auf die gemeinsame, partizipative Entwicklung und Erprobung von Konzepten einer Wirtschaft ohne Wachstum. Innerhalb der Debatte um eine »Entkopplung« von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch wird zwischen relativer, absoluter und hinreichender Entkopplung unterschieden:

Eine relative Entkopplung bedeutet beispielsweise, dass der Umweltverbrauch weniger stark steigt als das BIP. Dies lässt sich in den letzten Jahrzehnten weltweit beobachten. Bei einer absoluten Entkopplung sinkt der Umweltverbrauch trotz Wirtschaftswachstum. Eine absolute Entkopplung lässt sich bei Treibhausgasen weltweit bisher nicht beobachten, aber immerhin in Deutschland für das Jahr 2019. Eine hinreichende Entkopplung bedeutet, dass die Emissionen trotz Wirtschaftswachstum schnell genug sinken, um ökologische Ziele zu erreichen – beispielsweise, um die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten. Dies wurde im Klimabereich noch nie erreicht, konstatieren auch Timothée Parrique und seine Kolleg*innen. Alles, was wir in der Vergangenheit erlebt haben, ist weit entfernt von dieser hinreichenden Entkopplung. Auch für die nächsten Jahrzehnte ist sie, so Tim Jackson, selbst bei ambitionierter Klimapolitik und gleichzeitiger Weiterentwicklung von technologischen Innovationen sehr

unwahrscheinlich. Aus ökologischer Sicht kommt hinzu, dass sich andere Umweltprobleme verstärken würden, wenn der Klimakrise Maßnahmen entgegengesetzt würden, aber gleichzeitig am Wirtschaftswachstum festgehalten würde. Beispielsweise sind erneuerbare Energien in großem Umfang nicht ohne einen enormen Ressourcen- und Flächenverbrauch zu haben.

Wachstum stößt aber nicht nur an ökologische Grenzen. Auch aus sozialer Sicht ist weiteres Wirtschaftswachstum – zumindest im globalen Norden – strittig. Die Glückforschung zeigt, dass weiteres materielles Wachstum für das subjektive Wohlbefinden keinen Nutzen stiftet, zum Beispiel führen das Richard Easterlin und seine Kolleg*innen aus. Die Zunahme psychischer Erkrankungen verdeutlicht außerdem, dass Entwicklungen, die in Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum stehen – wie Beschleunigung, Leistungsdruck und Arbeitsbelastung – gesundheitsschädlich sind. Darüber hinaus wird es in Hocheinkommensländern immer schwieriger, überhaupt Wachstum zu erzeugen: Die Wachstumsraten sinken und es gibt die Tendenz einer säkularen – also langfristigen – Stagnation, wie bei Steffen Lange und seinen Kollge*innen nachzulesen ist. Angesichts der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden globalen Wirtschaftskrise ist es für viele Länder auch schon in den nächsten Jahren unklar, ob das BIP wachsen wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie in Ökonomien, die stagnieren, das Wohlergehen für alle gesichert werden kann.

In den letzten Jahrzehnten haben sich Konzepte für Ökonomien jenseits des BIP-Wachstums unter den Schlagworten »Degrowth«, »Postwachstum« und jüngst »Wachstumsunabhängigkeit« entwickelt, wobei das erstgenannte die grundsätzlichsste Kritik und radikaleren Forderungen vertritt. Der Begriff Degrowth (ursprünglich *Décroissance*) tauchte zuerst in Frankreich in den frühen 1970er-Jahren auf. Er steht sowohl für das Zusammendenken unterschiedlicher Formen der Wachstumskritik als auch für eine politische Agenda und die damit verbundenen Akteure und Bewegungen. Degrowth beschreibt eine Gesellschaft, die ihre Wirtschaft in einem demokratischen Transformationsprozess so gestaltet und reduziert, dass sie nachhaltig ist. Sie stärkt soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung und gestaltet ihre Institutionen

und Infrastrukturen so um, dass diese für ihr Funktionieren nicht auf Wachstum und Steigerung angewiesen sind, wie Matthias Schmelzer und Andrea Vetter beschreiben.

Postwachstum ist im deutschsprachigen Bereich ein Sammelbegriff, der eine große Bandbreite an Konzepten beinhaltet. Die Pole rangieren von radikalen Ansätzen, die eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaft vorschlagen, bis hin zu beinahe indifferenten Perspektiven, die keine eindeutige Haltung bezüglich der Frage einnehmen, ob Wachstum stattfinden sollte oder nicht.

Eine politisch interessante Position hat sich als Wachstumsunabhängigkeit entwickelt: Sie geht vom Gedanken aus, dass nicht sicher gewusst werden kann, ob konsequente Umweltpolitik zu weiterem Wachstum oder Schrumpfung »der Wirtschaft« führt. Aus zwei Gründen müssen gerade deshalb jene Bereiche, deren Funktionalität von Wirtschaftswachstum abhängt, wachstumsunabhängig gestaltet werden: Erstens muss aufgrund des Vorsorgeprinzips sichergestellt werden, dass diese Bereiche weiter funktionieren, falls die Wirtschaft (doch) schrumpft, wie Ulrich Petschow mit seinen Kolleg*innen 2018 ebenfalls vorschlagen. Nur wenn diese Bereiche wachstumsunabhängig gestaltet werden, lässt sich zweitens konsequente Umweltpolitik durchführen, da diese sonst, so Irmi Seidl und Angelika Zahrnt, nur vorangetrieben werden würde, wenn sie das Wirtschaftswachstum nicht gefährdet.

Alle drei wachstumskritischen Konzepte waren in der Vergangenheit besonders dann erfolgreich, wenn sie mit weiteren gesellschaftlichen Akteur*innen gemeinsam entwickelt und vorangebracht wurden. Zum Beispiel haben sich die europäischen Debatten zu Degrowth in den letzten Jahren in einer engen Verbindung aus politischen Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen entwickelt, wie Matthias Schmelzer und Andrea Vetter ausführen. Auch das Konzept der Wachstumsunabhängigkeit wurde – so Irmi Seidl und Angelika Zahrnt – transdisziplinär mit Umweltverbänden zusammen entwickelt. In jüngerer Zeit hat mit dem Umweltbundesamt auch eine staatliche Institution Interesse an dieser Position entwickelt (Petschow et al., 2018).

DIE »THIRD MISSION« ZUR »FIRST MISSION« MACHEN

Die Geschichte zeigt, dass der gesellschaftliche Kontext und (politische) Interessen eine wesentliche Rolle dabei gespielt haben, die Messung des BIP-Wachstums zu einem zentralen Politikziel zu machen. Ansätze, die solche Konzepte jenseits des Wachstums vorschlagen, waren ebenfalls dann (verhältnismässig) erfolgreich, wenn sie mit gesellschaftlichen Akteur*innen zusammen entwickelt und vorangetrieben wurden. *Economists4future* nehmen sich diese Erkenntnisse zu Herzen: Um verantwortungsvoll wirksam zu werden, ist der Blick hinaus aus dem Elfenbeinturm von zentraler Bedeutung: Transdisziplinäre Reflexion sowie gesellschaftliche Zusammenarbeit sind Dreh- und Angelpunkte für eine »Wirtschaftswissenschaft for Future«.

Economists4future machen daher die »Third Mission« zur »First Mission«. Dabei stellen sich zwei Herausforderungen: Die erste betrifft die Frage, wie *economists4future* langfristig in der Wissenschaft tätig sein können. Denn um dauerhaft und langfristig wirken zu können, müssen sie Zeit für ihre wissenschaftlichen Arbeiten haben. Es bedarf langfristig sichergestellter Stellen für diese Tätigkeiten – in Hochschulen, Forschungsinstituten oder anderswo. Dafür braucht es neue Kriterien zur Beurteilung der Stellenvergabe. Wer sich heute auf eine Stelle bewirbt – als Doktorand*in, Post-Doc oder Professor*in – wird in der Regel auf Grundlage von Publikationen und Drittmittelwerbung bewertet. Die Referenz auf Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteur*innen hat dabei meist wenig bis gar keine Relevanz. Bislang ist es strukturell mehr oder weniger garantiert, dass Ökonom*innen, die eng mit der Gesellschaft zusammenarbeiten, die Wissenschaft mittelfristig entweder verlassen oder sich von der Gesellschaft abwenden, um wieder in der Entrücktheit im Elfenbeinturm vor sich hinzuforschen. Damit die »Third Mission« zur »First Mission« wird, muss die dialogische Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteur*innen zu einem relevanten Kriterium auf allen Karrierestufen der Wissenschaft werden. Die Förderlandschaft sowie die Drittmittelvergabe müssen entsprechend angepasst werden. Der Bereich der sozialökologischen Forschung geht hier bereits mit gutem Beispiel voran – andere Bereiche sollten nachziehen.

Die zweite Frage betrifft die Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Akteure bereit sind, an wissenschaftlicher Forschung mitzuwirken: Zum Beispiel erschweren bestehende Wachstumsabhängigkeiten eine Öffnung der politischen Parteien für dieses Thema. Wirtschaftswachstum ist in allen größeren Parteien dominant. Solange davon ausgegangen wird, dass ein gutes Leben an einen Arbeitsplatz geknüpft ist und nur Wachstum Arbeitsplätze sicherstellen kann, ist es für Politiker*innen schwierig, Wachstum infrage zu stellen.

Economists4future müssen Konzepte wie Wachstumsunabhängigkeit in die Parteien und breitere Öffentlichkeit tragen, sie gesellschaftlich zur Diskussion stellen. Der Erfolg hängt von überzeugenden Konzepten und einer gesellschaftlichen Akzeptanz ab. Eine intensive Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen kann dafür sorgen.

So vielfältig die Gesellschaft ist, so heterogen sind auch die Kooperationsmöglichkeiten für *economists4future*. Wachstumskritische Ansätze blicken besonders auf Kooperationen mit Aktivist*innen, sozialen Bewegungen und NGOs. Diese und andere »verfasste Interessenvertretungen«, wie Gewerkschaften, Sozial-, Wohlfahrts-, Umwelt, Entwicklungs- und Verbraucherschutzverbände, sind, so auch Ulrich Petschow und seine Kolleg*innen 2019 – wichtige Bündnispartner für die Entwicklung alternativer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ansätze. Soziale Bewegungen können gesellschaftliche Dynamiken zeitnah aufgreifen und verstärken. Sie können damit neue Themen setzen, Diskurse vorantreiben oder soziale Auseinandersetzungen über Proteste zuspitzen. Kaum eine Bewegung zeigt dies so deutlich wie Fridays for Future. NGOs und Verbände sind hingegen zwar weniger dynamisch, besitzen jedoch oft mehr und längerfristig aufgebaute Expertise, vertreten Teile der Bevölkerung mit hohem Legitimitätsanspruch und haben über Kampagnen und politische (Lobby-)Arbeit auch gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten. Insbesondere mit Blick auf die zentralen wachstumsabhängigen Bereiche der Sozialversicherungssysteme, sowie, damit zusammenhängend, der Organisation von Arbeit und Verteilung von Erwerbseinkommen wird deutlich, dass die Sozial- und Wohlfahrtsverbände, aber auch die Gewerkschaften bei der Entwicklung von Alternativen im Sinne einer Wachstumsunabhängigkeit beteiligt sein müssen.

Allerdings gibt es nach wie vor Aspekte, die eine solche Öffnung erschweren. Zum einen sind die genannten Akteur*innen in gewissem Sinne oftmals selbst wachstumsabhängig. Die jeweiligen Finanzierungen über Spenden, die Mitgliederanzahl oder einen prozentualen Beitrag, der vom Lohn abgezogen wird, sind an Wirtschaftswachstum geknüpft. Zum anderen fokussieren sich viele Organisationen auf ganz bestimmte Handlungsfelder (Umweltpolitik, Sozialpolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaftspolitik und dergleichen mehr). Während Wachstumsabhängigkeit ein Querschnittsthema ist, sind die Themen, die Arbeitsweisen, die politischen Einflusskanäle und Entscheidungsstrukturen der gesellschaftlichen Organisationen überwiegend entlang dieser Schwerpunktfelder organisiert. Somit fällt es vielen solcher Organisationen schwer, sich mit gesamtgesellschaftlichen Fragen wie einer sozial-ökologischen Transformation oder der Wachstumsunabhängigkeit zu beschäftigen und zu positionieren. Darüber hinaus fehlt es an übergreifenden Austausch- und Abstimmungsstrukturen zwischen den Organisationen. All dies macht eine gemeinsame Entwicklung von Konzepten für alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle schwierig.

Gleichzeitig ist – und dies konstatieren ebenfalls Ulrich Petschow und seine Kolleg*innen 2019 – bei den verfassten Interessenvertretungen in jüngerer Zeit eine Öffnung zu wachstumskritischen Ansätzen zu verzeichnen. Denn diese Organisationen – und insbesondere jene mit vielen Mitgliedern – geraten aktuell zunehmend unter Druck: Aufgrund veränderter Milieustrukturen verzeichnen sie Mitgliederverluste, haben Probleme Neumitglieder zu mobilisieren und bemerken immer deutlicher, dass sich die eigenen Interessen immer schwerer in den tradierten Strukturen von Politikfeldern und über die vertrauten Kanäle vertreten lassen. Zu groß sind die Wechselwirkungen mit anderen Politikfeldern – woraufhin sich fragile Möglichkeitsräume in den Organisationen öffnen und diese zwischen den strategischen Polen eines defensiven Rückzugs auf Kernkompetenzen und grundlegender Neuausrichtung hin und herpendeln. *Economists4future* können diese fragilen Möglichkeitsräume füllen und mithelfen, das Pendel in die Richtung eines strategischen Neuausrichtungsprozesses ausschlagen zu lassen, flankiert mit einer engen Kooperation.

ECONOMISTS4FUTURE – WIR BRAUCHEN EUCH ALLE!

Economists4future können mindestens in drei Bereichen aktiv werden, um eine konsequente Klima- und Umweltpolitik zu ermöglichen: Sie können in Parteien für Konzepte ohne BIP-Wachstum werben. Sie können gemeinsam mit Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und Verbänden an solchen Konzepten arbeiten. Und sie können in der (Wirtschafts-)Wissenschaft für Strukturen sorgen, die es nicht nur ihnen selbst, sondern auch dem wissenschaftlichen Nachwuchs ermöglichen, die »Third Mission« ernst zu nehmen – oder sie gar zur »First Mission« zu machen. Damit dies gelingt, braucht es viele mutige *economists4future* – unter den Studierenden, den wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und bei den Professor*innen, aber auch den Hochschulleitungen und zuständigen Ministerien.

In allen Bereichen setzen *economists4future* dort an, wo sie sich bereits bewegen und tragen dazu bei, neue Ansätze voranzubringen, überkommene Paradigmen zu durchbrechen, neue Debatten zu stärken und Diskurse zu verschieben. Gemeinsam mit Medien, Unternehmen, öffentlicher Verwaltung und vielen weiteren Akteur*innen wird klar: Die klimagerechte wachstumsunabhängige Gesellschaft kommt nur im Dialog vereinter Kräfte zustande. Wir brauchen euch alle!

Dr. Steffen Lange ist Postwachstumsökonom am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin und arbeitet an wie in partizipativen Forschungsprojekten zur Gesellschaftsgestaltung.

Matthias Schmelzer, Wirtschaftshistoriker, arbeitet beim Konzeptwerk Neue Ökonomie und ist Permanent Fellow am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften in Jena.

Helen Sharp ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IÖW Berlin im Forschungsfeld »Umweltökonomie und Umweltpolitik«, ihre Schwerpunkte liegen auf Postwachstum und alternativem Wirtschaften.

